

Bundesministerium der Verteidigung, Postfach 1328, 53003 Bonn

Herrn
Arne Semsrott
Open Knowledge Foundation
Deutschland e.V. per Einschreiben

Singerstraße 109

10179 Berlin

HAUSANSCHRIFT POSTANSCHRIFT

FAX E-MAIL Fontainengraben 150, 53123 Bonn Postfach 13 28, 53003 Bonn

+49 (0)228 12-14065 +49 (0)228 12-44073 BMVqAlNl3@bmvq.bund.de

Referatsleiter AIN I 3

BETREFF Schriftverkehr des BMVg mit Rheinmetall im Jahr 2015

BEZUG 1. Ihre Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz über fragdenstaat.de vom 10. November 2015

mit Rückschein

2. Ihre Antragsbegründung vom 28. Januar 2016

ANLAGEN 6 (43 Blatt) Gz 39-22-17

Bonn, 12. April 2016

Sehr geehrter Herr Semsrott,

auf Ihren auf das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) gestützten Antrag auf Informationszugang vom 10. November 2015 ergeht folgende Entscheidung:

Ihrem Antrag wird nur teilweise stattgegeben. Es werden Gebühren aufgrund des deutlich höheren Verwaltungsaufwands zur Zusammenstellung der Unterlagen erhoben.

Gründe:

- 1. Mit E-Mail an das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) beantragen Sie Informationen zum Schriftverkehr des BMVg mit Rheinmetall im Jahr 2015. Wegen der näheren Einzelheiten wird auf den weiteren Inhalt Ihrer E-Mail vom 10. November 2015 verwiesen.
- 2. Ihr auf das IFG bezogener Antrag ist zulässig, aber nur teilweise begründet.

Aufgrund Ihrer Anfrage wurde die Firma Rheinmetall als betroffener Dritter nach § 8
Absatz 1 IFG am 15. Februar beteiligt und zur Stellungnahme aufgefordert. Die
Firma hat zur Wahrung ihrer Geschäftsgeheimnisse mit Schreiben vom 9. März 2016
der Herausgabe von Teilen des Schriftverkehrs widersprochen.

Gemäß § 6 Satz 2 IFG darf der Zugang zu Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen nur mit Zustimmung des Betroffenen erfolgen. Der Informationszugang zu diesen Anteilen am Schriftverkehr ist daher ausgeschlossen.

Weiterer vorliegender E-Mail-Schriftverkehr zwischen dem BMVg und der Fa. Rheinmetall wurde unter der Voraussetzung der Schwärzung von Personendaten als Information freigegeben (siehe Anlagen).

Für die Bereitstellung der Informationen werden Gebühren nach § 10 Absatz 1 Satz 1 IFG in Verbindung mit der Informationsgebührenordnung (IFGGebV) in Höhe von 184,30 € (4 Arbeitsstunden Beamter A13g à 45 € + übersandte Ausdrucke à 0,10 € pro Blatt) erhoben.

Die Gebühren sind auf das Konto

Bundeskasse Halle

Deutsche Bundesbank - Filiale Leipzig

IBAN DE38860000000086001040 BIC: MARKDEF1860

mit der Zweckangabe Kassenzeichen: 917790405634 bis zum 17. Mai 2016 zu überweisen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Bundesministerium der Verteidigung, Referat R I 1, Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin, schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag